

Konstantin Huber / Dr. Karl Mayer

**Neue Heimat für Millionen: Flüchtlinge, Heimatvertriebene, Gastarbeiter.
Bemerkungen zum Quellenwert der Unterlagen aus Kreis- und
Gemeindeverwaltungen.**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sie sind heute hierher gekommen, um Näheres zum Thema „'Lebenswelten' und ‚Wertewandel‘ in der Nachkriegszeit (1945–1970), Quellenlage und Auswertungsmöglichkeiten“ zu erfahren. Es ist meine Aufgabe, hierzu über die Quellenüberlieferung der Kreis- und Gemeindeverwaltungen, also den kommunalen Bereich, zu sprechen. Dabei möchte ich die beiden bedeutendsten Immigrationsbewegungen der Nachkriegszeit in den Blick nehmen: Zunächst die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge (die ich in der Regel unter dem gemeinsamen Begriff Vertriebene subsummieren möchte) sowie anschließend – in etwas kürzerer Form – die Gastarbeiter. Meine Ausführungen beziehen sich auf das nördliche Baden-Württemberg bzw. das ehemalige Land Württemberg-Baden, dürften zumindest teilweise aber auch darüber hinaus gelten.

Erlauben Sie mir zunächst den Hinweis auf eine Binsenweisheit, die oft übersehen wird: Kommunale Verwaltungen produzieren Schriftgut nicht im Hinblick auf die Fragestellungen späterer Historiker. Nein, sie produzieren Schriftgut bei der Bewältigung der Aufgaben, die ihnen gesetzlich zugewiesen sind. Aus eigener Erfahrung kennen Sie diese Aufgaben: Sie beantragen einen Reisepass oder eine Baugenehmigung, Sie wechseln ihren Wohnort oder erhalten Ihren Müllgebührenbescheid. Dabei wird – zumindest derzeit noch – Papier produziert: Papier, das später vielleicht einmal in einem Archiv endet.

Es scheint, als würden die Registraturen und Archive der Staats- und Kommunalbehörden vor Unterlagen zum Thema „Vertriebene“ überquellen. Mathias Beer vom Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde in Tübingen hat denn auch schon 1994 eine beeindruckende Übersicht der Quellen zum Thema Flüchtlinge und Vertriebene in staatlichen und kommunalen Archiven in Baden-Württemberg vorgelegt. Auf annähernd 400 Druckseiten werden hier Aktentitel über Aktentitel präsentiert. Man gewinnt den Eindruck, als könne angesichts des Überangebots an Überlieferung zum Thema kein Forscherwunsch offen bleiben.

In der Tat hat nicht nur die staatliche Verwaltung auf Landesebene viel Material überliefert, wo sich ein Flüchtlingsausschuss für Württemberg-Baden, ein Staatskommissariat für Flüchtlingswesen beim Innenministerium in Stuttgart und schließlich ein eigenes Ministerium bildeten. Die Landkreise als bei Kriegsende oberste noch intakte Verwaltungsebene waren noch vor den staatlichen Behörden von der Vertriebenenproblematik intensiv betroffen. Hier gab es etwa Kreiskommis-

sariate für Neubürger, die im September 1945 ins Leben gerufen wurden. Sie hatten für die Unterbringung und Registrierung der Neuankömmlinge und deren Versorgung mit Haushalts- und Wirtschaftsgütern zu sorgen und mussten Ausweise ausstellen. Und auch auf der Ebene der Gemeinden, wo die sich die Problematik der Zwangszuwanderung am konkretesten ausprägte, gab es Wohnungs-, Flüchtlings- und sogenannte Soforthilfeausschüsse, die besonders mit der Lebenssituation der Vertriebenen in den ihnen als Aufenthaltsort zugewiesenen Orten in Berührung kamen.

All diese Behörden haben eine Fülle von Schriftgut hinterlassen, die heute Quellen sind: Erlasse, Rundschreiben und Denkschriften, Meldeunterlagen über ortsanwesende Vertriebene, Schriftgut zur aufwändigen Feststellung verlorenen Besitzes zum Zwecke des Lastenausgleichs und so weiter. Besonderen Raum nehmen statistische Unterlagen ein: Statistiken über den Bedarf der Vertriebenen an allem Lebensnotwendigen (vom Ausweis bis zum Wohnzimmerschrank), Statistiken zur Erfassung von Wohnraum oder zur beruflichen Situation der Vertriebenen. Hierbei ist als besonders erfreulich zu konstatieren, dass bezüglich der Bevölkerungsentwicklung, der Anzahl der Arbeitnehmer und der ortsansässigen Betriebe – für einen relativ langen Zeitraum – die Vertriebenen noch gesondert ausgewiesen sind. Da diese einen beachtlichen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung ausmachten, spiegelt sich das Thema freilich auch außerhalb der einschlägigen Bereiche in fast allen Bereichen indirekt wieder, zum Beispiel beim Wohnungsbau im Allgemeinen oder auch speziell beim notwendig gewordenen Bau größerer Schulgebäude.

Halten wir als erstes Fazit hier also fest: Die Archive besitzen in großen Mengen die grundlegenden Daten und Fakten zum Thema. So weit – so gut. Doch ist zunächst ein Einwand gegen das – angesichts der Masse des Materials – zunächst rosarot erscheinende Bild vom Historiker-Schlaraffenland zu erheben. Denn der Grad der Erschließung ist nicht immer auf einem wünschenswerten Stand. So wird schon in der Zusammenstellung von Mathias Beer für viele Archive nur kurz darauf verwiesen, dass sicher einschlägiges Material vorhanden, aber noch nicht zugänglich ist. Und dort, wo Aktenplannummern aufgeführt sind, muss meist offen bleiben, ob diese Akten wirklich das enthalten, was der Titel verspricht.

Doch selbst wenn wir der zweifellos bienenfleißigen Zunft der Archivare hier ausreichend Zeit zugestehen, um diese Erschließungsdefizite aufzuarbeiten, stellt sich uns eine weitere Frage: Liefert die behördliche Überlieferung „auch ein gutes Abbild der Erfahrungen, die die Menschen mit Flucht, Vertreibung und Integration machten?“ Damit setzte sich vor kurzem der Archivar Johannes Grützmaker in seiner Marburger Referendariatsarbeit auseinander, die auch Grundlage seines Vortrags über staatliche und nichtstaatliche Überlieferung zum Thema „Vertriebene“ auf dem 77. Deutschen Archivtag 2007 in Mannheim wurde. Ich will seine Frage noch erweitern: Liefert speziell die kommunale Überlieferung Einblicke in die Lebenswelten von Vertriebenen, und zwar auch bis zum Ende der hier bis 1970 terminierten Nachkriegszeit?

Zur Beantwortung der „Gretchenfrage“ nach dem Abbild von Lebenswelten muss ich ein wenig ausholen: Die Beschäftigung mit den Vertriebenen in der deutschen Gesellschaft nach 1945 erlebt seit einiger Zeit eine gewisse Konjunktur – verbunden mit einer Korrektur der allgemein verankerten Meinung. Kurz gesagt stellen Wissenschaftler (Historiker, Soziologen, aber auch Psychologen) einen der Grundpfeiler der bundesrepublikanischen und baden-württembergischen Erfolgsgeschichte in Frage: Die gelungene Integration von Millionen von Entwurzelten und Besitzlosen in eine selbst vom Krieg schwer erschütterte Gesellschaft. Hingewiesen sei hier auf zwei neuere Publikationen: Die Integration der Heimatvertriebenen in Württemberg-Baden (1945-1961)“ von Thomas Grosser (2006) und die Arbeit von Andreas Kossert mit dem plakativen Titel „Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945“. So erscheint heute die Erfolgsgeschichte „Integration“ relativiert. Integration war für die politisch Verantwortlichen schon erreicht, wenn jeder Vertriebene ein Dach über dem Kopf, eine Kirche zum Beten und einen Arbeitsplatz hatte. Dass dies eine viel zu kurz greifende Interpretation ist, braucht hier nicht weiter erläutert zu werden. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass diese Fehlinterpretation nicht zuletzt auf die zumeist rein statistisch gefärbten Überlieferungen in den Kommunalarchiven zurückzuführen ist. Denn wenn dort nach 1960 kein Vertriebener mehr als arbeitslos erscheint, keine Familie mehr in Notunterkünften lebte und auch die zahlreichen Kirchen, die nach 1950 gebaut wurden, geweiht waren, dann bestand für die Politik kein Grund mehr, von Problemen zu sprechen: Die Integration war – scheinbar – geglückt.

Das weist unmissverständlich auf das Hauptproblem kommunaler Überlieferung hin: Sie enthält die nackten statistischen Grundlagen zum Thema sowie große Mengen von Anträgen in meist stark schematisierten Formularen, die ebenfalls kaum mehr als statistisch auswertbar sind. Man erfährt etwa, wie viele Ausweise ausgestellt wurden, wie viele Vertriebene frieren mussten, wie viele einen Baudarlehenantrag bei der Landeskreditanstalt gestellt haben. Es sind „zu Statistik geronnene Lebenswelten“ – bürokratisch trocken. Nur selten findet man in kommunalen Archiven Unterlagen, die unmittelbar Einblick gewähren in Lebenswelten oder Mentalitäten, in Verlustschmerz und Zurückweisung durch die Einheimischen. Hinzu kommt das, was Lutz Niethammer „die verführerische Präzision der falschen Zahlen“ nannte – man meint, alle Angaben detailliert vor sich zu haben, auch wenn aufgrund definitorischer Ungenauigkeiten häufig (salopp gesagt) „Äpfel mit Birnen verglichen“ wurden.

Und selbst wenn man sich aus dem Netz der Statistiken befreit hat, sollte man sich nicht in einem anderen Fallstrick verfangen, auf den Monika Kolb in ihrem Buch über die Aufnahme von Flüchtlingen im Landkreis Heilbronn hingewiesen hat: Wenn sich Bürger – ob Einheimische oder sogenannte „Neubürger“ – in ausführlichen Schilderungen an die Behörden wandten, dann zumeist um sich zu beschweren. Auch Berichte der zuständigen Stellen weisen vor allem auf die bestehenden Probleme hin und nur selten auf das, was sich positiv entwickelt hatte. Mag dieses Negativum

zunächst als Gegensatz zur in Frage gestellten Erfolgsgeschichte erscheinen, so trug doch gerade das Fehlen der negativ gefärbten Zeugnisse in späteren Jahren dazu bei, die Probleme als restlos überwunden zu betrachten.

Endlose Statistiken, mangelhafter Erschließungszustand und die Tendenz, eher Negatives zu dokumentieren, verhindern also, dass die kommunale Überlieferung allein genügt, um ein einigermaßen realistisches Bild zum Thema Vertriebene in der Nachkriegsgesellschaft zu konstruieren. Man kann – bildlich gesprochen – mit der Überlieferung ein Fundament gießen, aber nicht das dazu gehörige Haus bauen. Die Einsicht über den begrenzten Aussagewert kommunaler Quellen führt zwangsweise zur Notwendigkeit, andere Quellen ergänzend hinzuzuziehen. Damit bin ich bei dem Begriff, mit dem auch Johannes Grützmaker seine Arbeit betitelte: „Überlieferungsbildung im Verbund“. Diesen Begriff hat Robert Kretzschmar bereits vor einem Jahrzehnt geprägt, er wurde vom Verband deutscher Archivare als neues Bewertungsdogma verankert.

Nun, Johannes Grützmaker zeigte deutlich auch die Grenzen der Überlieferungsbildung im Verbund auf. In meinem Referat sollten jedoch weniger die archivischen Probleme der Überlieferungsbildung im Blickpunkt stehen als vielmehr konkrete Alternativen zur kommunalen Überlieferung für den Historiker vorgestellt werden, wengleich dies angesichts der Kürze der Zeit nur ganz wenige sein können.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben: Im Enzkreis wird unter der Ägide des Kreisarchivs zur Zeit die Geschichte der Gemeinde Illingen in den Jahren 1945 bis 1973 erforscht. Ein wesentlicher Themenbereich hierbei sind selbstredend die Vertriebenen. Der Bearbeiter, mein Mitreferent Karl Mayer, stieß rasch auf das eben ausgeführte Problem der Nüchternheit statistischer Quellen. So sandte im Jahre 1968 der französische Soziologe Jean-Claude Hervé an südwestdeutsche Gemeinden einen Fragebogen zur Integration der Heimatvertriebenen. Gewünscht waren Angaben über deren Zahl, ihre Wohnsituation, Schulbildung und berufliche Tätigkeit. Gefragt wurde auch nach dem Heiratsverhalten: Wie oft heirateten Vertriebene untereinander, wie oft wählten sie Einheimische als Partner und ab wann war dies der Fall? Also: Wie viele gemischt-konfessionelle Ehen gab es und wann wurde die erste geschlossen? Die „Verschwägerung“ gilt ja zu Recht als wichtiger Integrationsfaktor.

Das Bürgermeisteramt Illingen stellte sämtliche Angaben aus seinen Unterlagen zusammen und übermittelte die Daten an Monsieur Hervé. Diese Antwort ist eine hervorragende statistische Quelle. Ihr können wir zum Beispiel entnehmen, dass die erste Hochzeit zwischen einer katholischen Flüchtlingsfrau und einem evangelischen Einheimischen im Jahre 1948 stattfand – mehr über dieses Ereignis allerdings auch nicht.

Im weiteren Verlauf der Recherchen zu dem genannten Projekt führte Mayer Zeitzeugengespräche, unter anderem just mit der katholischen Flüchtlingsfrau, die das damals Unerhörte gewagt hatte. Und was kaum zu hoffen gewesen war,

geschah: Sie übergab dem Historiker einen sechsseitigen, handschriftlichen Bericht über diese erste gemischt-konfessionelle Heirat. Daraus entnehmen wir unter anderem, dass der Hochzeitstag ein sehr kalter war, man aber kein Geld hatte, sich warme Kleider zu beschaffen. Man erfährt, dass der Schwiegervater rasch noch eine Stube tapezieren musste, um mit dem Geld den Brautstrauß kaufen zu können. Und um den Anzug für den Bräutigam zu erstehen, mussten einige Rüben oder Kartoffeln verkauft werden. Satt wurde man trotzdem: Denn zum Essen wurde Schweinebraten, Hackfleisch und Kartoffelsalat gereicht, wobei das Fleisch aus einer Schwarzschlachtung stammte. Als Geschenke erhielt das Brautpaar Glasschüsseln, Handtücher und eine Kaffeekanne, die noch fünfzig Jahre später in Gebrauch war. Es dürfte wohl keine Frage sein, welche Quelle hier mehr über die Lebenswelten von Vertriebenen aussagt – die Statistik für den Soziologen oder die Lebenserinnerungen der Beteiligten!

Ich möchte noch ein weiteres Beispiel anführen und damit – wenn auch nur kurz – auf das Thema „Gastarbeiter“ zu sprechen kommen. Zum Thema „Kommunalarchive und Gastarbeiter“ bis 1970 gibt es nicht allzu viel zu sagen. Denn anders als etwa die Vertriebenen und Flüchtlinge wurde der Aufenthalt der Gastarbeiter zunächst von den Behörden kaum als gesellschaftliches Problem betrachtet. So gibt es zwar in den Behörden-Aktenplänen mehrseitige und tief gegliederte Rubriken zum Themenkomplex „Vertriebene“ und „Flüchtlinge“, aber so gut wie nichts zum Thema „Gastarbeiter“.

Die Erklärung hierfür ist einfach: Man betrachtete die aus wirtschaftlichen bzw. arbeitsmarktpolitischen Gründen ab 1955 ins Land geholten „Gäste“ als ein nur vorübergehendes Phänomen, das von Seiten der Behörden keine besondere Anstrengung oder Fürsorge erforderte. So erscheinen Gastarbeiter in den Registern und Archiven zumeist nur als Teil des ohnehin kleinen Verwaltungsbereichs „Ausländerwesen“.

Natürlich findet man Namen von Gastarbeitern bei den Meldebehörden, in Arbeitnehmer- bzw. Pendlerverzeichnissen, in Volkszählungen oder aber in dem einen oder anderen Antrag einer örtlichen Firma zum Bau eines „Fremdarbeiterheimes“. Ansonsten treten ausländischen Arbeiter und zunehmend Arbeiterinnen, zumindest in den ersten 10 bis 15 Jahren ihrer Anwesenheit, in der Behördenüberlieferung kaum als selbständige Gruppe in Erscheinung.

Dass die Anwesenheit dieser zahlreichen Helfer beim Wirtschaftsaufschwung dennoch für die Einheimischen am Ort nicht unbemerkt blieb und Konsequenzen für das Miteinander hatte, versteht sich andererseits von selbst. Aber wie ist deren Reaktion quellenmäßig zu fassen?

Hierzu möchte ich auf eine wichtige Quelle hinweisen, die leider eher selten Berücksichtigung findet, obwohl sie „Volkes Stimmung“ recht gut transportiert: Die Pfarrberichte der örtlichen Geistlichen. Diese Pfarrberichte liegen aus der Nachkriegszeit

zum Beispiel im evangelischen Württemberg ab etwa 1950 vor. Sie wurden als Vorbereitung für die in mehrjährigem Abstand abgehaltenen Visitationen vom Dekanat angefordert. Sie befinden sich, sofern erhalten, leider relativ verstreut in den Pfarr-, Dekanats- oder Landeskirchlichen bzw. Diözesanarchiven.

Bevor ich meine Ausführungen schließe, möchte ich nochmals exemplarisch auf Illingen zurückkommen, dessen Bevölkerung zum Kriegsende fast ausschließlich evangelisch gewesen war. Diese eindeutige Vormachtstellung war schon durch die heimatvertriebenen Katholiken stark ins Wanken geraten. Im Pfarrbericht von 1961 nun hieß es zusätzlich, unter den zugezogenen Katholiken befänden sich besonders viele Italiener, die – im Gegensatz zu den Muslimen – einen schlechten Einfluss auf das kirchliche Gemeindeleben ausübten. Sie seien „lax und laut“. Nähere Ausführungen dazu fehlen zwar, doch gibt diese Aussage Hinweise auf bestimmte Spannungen zumindest zwischen evangelischer Kirche und den italienischen Arbeitern. Diesen Hinweisen sollte man dann gezielt in Gesprächen oder auf der Suche nach weiteren Quellen (wie Briefen und Lebenserinnerungen) nachgehen.

Überhaupt sind die Pfarrberichte, so sie denn vorhanden sind, eine unschätzbare – wenngleich subjektive – Quelle zur Stimmung am Ort. Erlauben Sie mir hierzu über das eigentliche Thema meines Referats hinaus noch folgendes Beispiel, das sehr gut zum zweiten Schlagwort dieses Kolloquiums passt, dem Wertewandel: Viele aus Stuttgart Zugezogene, so 1961 der Illinger Pfarrer, grüßten nicht mehr und infolge der Ausdehnung der Gemeinde durch die zahlreichen Neubaugebiete lösten sich althergebrachte zwischenmenschliche Bindungen auf. Fernsehen und Kino ersetzten alte Sitten und Gebräuche. Allerdings, auch dies eine Beobachtung des Illinger Pfarrers, kam wenigstens das verwerfliche „Wirtshauslaufen“ durch das Fernsehen zunehmend aus der Mode. Hier ist die „Urbanisierung“ der ländlichen Bevölkerung zu greifen, an der (so Grosser) ja gerade den Vertriebenen ein bedeutender Anteil zukam.

So sind also die Pfarrberichte, ähnlich wie die zitierten Lebenserinnerungen über die Hochzeit 1948, unschätzbare Dokumente, die die Lebenswelt viel plastischer erscheinen lassen als sämtliche Akten der Rathausregistratur.

Kommen wir zum Fazit, das Sie nach den vorstehenden Ausführungen kaum mehr überraschen wird: Wer sich interessiert dem Thema der Lebenswelten von Vertriebenen und/oder Gastarbeitern in den Jahren zwischen 1945 und 1970 zuwenden will, der sei zuerst an die kommunalen Archive verwiesen. In einem gut erschlossenen und verwalteten Gemeinde-, Stadt- oder Kreisarchiv wird er eine große Fülle von Material zu vielen Teilbereichen finden. Es gibt kaum ein Thema, über das sich nicht relevantes Datenmaterial erheben ließe.

Doch mit diesen Daten lassen sich „Lebenswelten“ und „Wertewandel“ nur bedingt rekonstruieren. Diese Bedingtheit gilt noch stärker für die 1960er-Jahre, in denen einerseits die Vertriebenen immer weniger als separate Gruppe zu fassen sind und

andererseits die Gastarbeiter erst langsam als dauerhaftes Massenphänomen betrachtet werden. Andere, zusätzliche Überlieferung, also die mehrfach benannte „Überlieferung im Verbund“, ist notwendig. Bei der Suche nach „Zusatz-Überlieferungen“ sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Man denkt zunächst an die erwähnten Zeitzeugengespräche und privaten Aufzeichnungen, wobei freilich die bekannten Probleme der „oral history“ zu beachten sind. Ich verweise hier auf die methodischen Überlegungen von Christiane und Thomas Grosser zu ihrer Befragung bezüglich der Integration in zwei nordbadischen Kreisen.

Neben der ebenfalls angesprochenen Kirchenüberlieferung sind weiterhin zu nennen Vereine, politische Parteien, Vertriebenen- oder Migrantenvverbände, Selbsthilfegruppen, Kindergärten und Schulen, Wirtschafts- und Verbandsarchive, die Überlieferung von Industrie-, Handels- und Handwerkskammern, Fernseh-, Rundfunk- und Zeitungsarchive. Aber auch die mittlerweile zugänglichen und reichlich vorhandenen Unterlagen der Besatzungsmächte.

Nicht jede dieser Quellen muss freilich angezapft werden. Doch je mehr Sie Ihren Blick weiten, umso lebendiger lassen sich Lebenswelten in einer sich rasant wandelnden Gesellschaft nachzeichnen, in der längst nicht mehr die Behörden das Schrittmaß der Entwicklung vorgeben.

Hinweise auf Quellen und neuere Literatur

Die vorstehenden Ausführungen hinsichtlich der in kommunalen Archiven vorhandenen Quellen zur Immigration der Nachkriegsjahre im Südwesten seien hier nochmals stichpunktartig zusammengefasst: Es existiert zumeist eine immense Fülle an statistischem Material, das jedoch mitunter noch immer in einem mangelhaftem Erschließungszustand vorliegt und zudem nur punktuell Einblick gewährt in die Lebenswelten der zahlreichen „Neubürger“ in den Jahren zwischen 1945 und 1970.

Dessen ungeachtet bilden die kommunalen Bestände den Ausgangspunkt jeder Auseinandersetzung mit dem Thema auf lokaler Ebene.¹ Wie erwähnt, beziehen sich fast alle kommunalen Akten, die nach 1945 entstanden, auf die eine oder andere Weise auch auf die Vertrieben-Problematik: Von den Gemeinderatsprotokollen, in den Gemeindeparlamenten saßen auch zunehmend Vertriebene (Az. 1213), über die Neuanstellung von Lehrern aufgrund stark gestiegener Schülerzahlen (Az. 5010) bis hin zu Akten über die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs für die Vertriebenen, die meist nicht am zugewiesenen Wohnort Beschäftigung fanden (Az. 3530).

Die Akten über Vertriebene, deren Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Eingliederung sind hauptsächlich in der Aktenplan-Hauptgruppe 7 des Flattich-Plans (Fürsorgewesen, Wohnungswesen) eingeordnet. Hier finden sich u.a. monatliche bzw. vierteljährliche Meldungen der Gemeinden an das Landratsamt über Zu- und Wegzug von Vertriebenen (Az. 7095/55), zur Ausstellung von Flüchtlingsausweisen (Az. 7095/45), zu Eingliederungsmaßnahmen (Az. 7095/60), Anträge auf Lastenausgleich und Soforthilfeanträge (Az. 7092-7094), Material zum Bau von Siedlungen für Vertriebene (Az. 7524) und zur Gewährung von Baudarlehen durch die Landeskreditanstalt (Az. 7530), zu Wohnraumbewirtschaftung bzw. Wohnraumfeststellung (Az. 7580/1 und 7581) und Zuteilung von Wohnraum (Az. 7583, wobei hier nicht selten erbitterte Streitfälle zwischen Einheimischen und Vertriebenen dokumentiert sind).

Informationen bieten daneben auch die Aktentitel Volkszählungen (Az. 9510, oft mit besonderer Ausweisung von ortsansässigen Vertriebenen), Wohnungszählungen (Az. 9513), Friedens- bzw. Gemeindegerecht (Az. 9035) etc.

Es wird angesichts dieser knappen Aufzählung deutlich, dass sich hier vor allem statistisches Material finden lässt, aus dem man zwar die zahlenmäßige Dimension des Problems bzw. die nach ca. zehn Jahren gelungene „äußere Integration“ (Beruf, Eheschließungen, Wohnungsbau) rekonstruieren kann. Zu Fragen wie die des Ver-

¹ Da längst nicht alle Archivbestände der einstmals über 3000 selbstständigen Gemeinden in Baden-Württemberg fachgerecht erschlossen sind, mithin oftmals keine ausführlichen Findmittel mit Stichwortverzeichnissen vorliegen und die Bestände noch nach der alten Registraturordnung vorliegen, werden im Folgenden die Aktenzeichen nach dem Systematischen Aktenplan für die Württembergische Gemeindeverwaltung, 5. Auflage 1955 von Hugo Flattich angegeben. Zu beachten ist, dass ehemals badische Gemeindeverwaltungen andere Aktenpläne benutzten.

hältnisses zwischen Ortsansässigen und Vertriebenen, der kulturellen und konfessionellen Integration, der beruflichen Eingliederung der Neuankömmlinge oder gar der psychischen Aufarbeitung von Verlust und Gewalt bieten die behördlichen Archive jedoch kaum Antworten. Von einer vielschichtigen Abbildung neuer Lebenswelten oder des Wertewandels in der Nachkriegszeit ganz zu schweigen. Mit anderen Worten: Die Kommunalarchive stoßen, gerade bei der Beantwortung neuerer Fragestellungen zur Integration der Vertriebenen, rasch an die Grenzen ihres Dokumentationsgehaltes.

Neben den primär statistischen, behördlichen Überlieferungen der Kommunalarchive ist daher die Forderung von Johannes Grützmaker nach der Einbeziehung von nichtstaatlichen Parallelüberlieferungen zu berücksichtigen.² Infrage kommen hier etwa kirchliche Überlieferungen, Unterlagen von Vereinen, Parteien oder Vertriebenenverbänden.

Daneben bleibt, bei aller quellenkritischen Problematik, der Bereich der *oral history*, der Befragung von Zeitzeugen – auch solcher, die die Flucht gar nicht erlebt haben, aber als Nachfahren von Vertriebenen eigene, von Einheimischen abweichende Lebenserfahrungen gemacht haben – unerlässlich. Gerade wenn Historiker die Integration der Vertriebenen auf der lokalen Ebene untersuchen, kann auf die Befragung von Zeitzeugen nicht verzichtet werden. Zudem kommt der kommunalen Überlieferung hier eine nicht unwichtige Rolle zu: Vieles, was die persönliche Erinnerung transportiert, kann der Historiker anhand noch erhaltener schriftlicher Quellen überprüfen. Zudem fördert der Kontakt zu Zeitzeugen häufig wertvolles schriftliches Material zutage, wie Briefe, Tagebücher oder unveröffentlichte Erinnerungen.

Abschließend noch ein Wort zur Frage „Arbeitsmigranten der 1950er und 1960er Jahre und kommunale Überlieferung“. Hier unterscheidet sich die Quellenlage entscheidend von der über die Flüchtlinge und Vertriebene. Das liegt in erster Linie daran, dass letztere kamen, um – nach dem Willen der Alliierten – dauerhaft zu bleiben, weshalb man ein dichtes Netz deutscher Behörden schuf, die die gewaltige Aufgabe hatten, die „Flüchtlinge“ unterzubringen, mit allem Lebensnotwendigen und einer Arbeitsstelle zu versorgen und auch dafür zu sorgen, dass sie für ihre Verluste entschädigt wurden.

Die bezeichnenderweise „Gast“-Arbeiter“ genannten Fremden, die seit den späten 1950er Jahren hier ankamen, wurden andererseits als vorübergehende Erscheinung angesehen. Zudem wurden Probleme wie etwa Unterbringung (oft in von den Betrieben erbauten Notunterkünften) oder die Pflege kultureller oder religiöser Bedürfnisse auf privater Ebene, sozusagen in Eigenverantwortung wenn überhaupt, dann mehr schlecht als recht gelöst.

² Johannes Grützmaker, Staatliche und nichtstaatliche Überlieferung zum Thema „Vertriebene“ – Überlieferungsbildung im Verbund?, in: Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (Hrsg.), Lebendige Erinnerungskultur für die Zukunft. 77. Deutscher Archivtag 2007 in Mannheim, Fulda 2008, S. 157-165.

Das ist auch der Grund dafür, dass es zwar in den kommunalen Aktenplänen der Nachkriegszeit Dutzende von Aktentitel mit dem Zusatz „Flüchtlinge“ gab, aber in den späteren zunächst praktisch keinen, der sich speziell auf Gastarbeiter bezog. Der 1965 neu eingeführte Boorberg-„Aktenplan für die Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg“ führt den Begriff nur an einer Stelle auf: „Beschäftigung von Gastarbeitern bei der Kommune“ (Az. 052.43). Unterlagen über Gastarbeiter finden sich daher „versteckt“ unter dem Bereich Ausländerwesen (Aktenplanuntergruppe 115) und unter dem Az. 782.23 „Arbeitsvermittlung nach dem Ausland und von ausländischen Arbeitern“.

Dass diese Menschen ebenfalls dazu beitragen, neue Lebenswelten zu schaffen und ihren Beitrag zum Wertewandel leisteten, wurde den Behörden erst sehr viel später bewusst. Erst die Fassung des Boorberg-Planes von 1981 enthält die Untergruppen „Gastarbeiter“ (799.25ff.) sowie „Gastarbeiterbetreuung“ (103.30ff.). Auch hier gilt, dass zur Aufarbeitung der Geschichte dieser ausländischen Mitbürger Parallelüberlieferungen ausfindig zu machen und auszuwerten sind.

Abschließend sei auf zwei neuere Publikationen hingewiesen, die zum einen für die Bundesrepublik generell, zum anderen für das Land Württemberg-Baden den „Mythos der größten Erfolgsgeschichte der Nachkriegszeit“, der raschen Integration von Millionen von Vertriebenen, kritisch hinterfragen:

- Andreas Kossert, Kalte Heimat. Die Geschichte der Deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2008
- Thomas Grosser, Die Integration der Heimatvertriebenen in Württemberg-Baden (1945-1961), Stuttgart 2006.

Übergreifend zum Thema auch

- Karl-Heinz Braun/Reinhold Weber, Kleine Geschichte der Ein- und Auswanderung in Baden-Württemberg, Leinfelden-Echterdingen 2009.

Zwei jüngere lokale Studien zum Thema „Vertriebene und Integration“, die kommunale Überlieferung mit Zeitzeugenbefragung verknüpfen, sind:

- Marion Petri/Stefan Benning, „Wir sind mittlerweile schon halbe Schwaben geworden.“. Die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Bietigheim und Bissingen zwischen 1945 und 1960, Bietigheim-Bissingen 2008
- Karl J. Mayer, Aufbruchjahre. Die Gemeinde Illingen/Enzkreis zwischen Kriegsende und Gebietsreform (1945-1973), Ubstadt-Weiher 2011.